

PRO Studiengebühren

Die von der überwiegenden Mehrzahl der studentischen Gruppen seit Jahrzehnten betriebene Totalblockade gegen jedwede Form von Kostenbeteiligungen hat zur ebenso totalen Entmündigung der Studierenden geführt. In Zeiten vermeintlich gut gefüllter Staatskassen mag diese Unmündigkeit nicht so aufgefallen sein, haben sich doch die



Der Autor: Dr. Stefan Kooths (Kooths)

Bildungsminister meistens bemüht, die Durchschnittsinteressen der Studierenden so gut es ging wahrzunehmen und „sich“ das auch etwas kosten lassen (und damit nicht unwesentlich zur offenen und verdeckten Staatsverschuldung beigetragen, die die Länderhaushalte nun reihenweise an die Wand drückt). Diese Zeiten sind lange vorbei, über die Qualität der Lehre entscheiden heute einzig die Finanzminister. Und so wird es bleiben, solange die Studierenden ihre Ausbildung nicht in die eigenen Hände nehmen. Vom Staat – und das muss allen Beteiligten klar sein – ist auf absehbare Zeit keine wesentliche Verbesserung der Finanzausstattung der Hochschulen zu erwar-

ten, im Gegenteil. Dass die Studierenden in NRW nun die denkbar dümmste Form von Studiengebühren vorgesetzt bekommen, ist kein Wunder: zu lange hat man auf studentischer Seite geglaubt, die Kosten der eigenen Ausbildung bequem auf die übrige Gesellschaft abwälzen zu können. Man sollte nun aus der Not eine Tugend machen, den absurden Verteilungskampf zwischen Akademikern und Nichtakademikern einstellen und mit einem seriösen Vorschlag zur Studienfinanzierung sowohl die Unmündigkeit als auch die Misere an den Staatshochschulen hinter sich lassen. Wie ein solcher konstruktiver Vorschlag aussehen könnte, sei hier in aller Kürze skizziert:

Hochschullehre ist grundsätzlich ein marktfähiges Produkt, das von Unternehmen bereitgestellt und von mündigen Studierenden nachgefragt werden kann, sofern diese über die notwendige Kaufkraft verfügen. Letzteres steht einer reinen Marktlösung im Wege, weil Studierende während ihres Studiums die anfallenden Gebühren oftmals nicht tragen können (Liquiditätsproblem). Gemessen am Lebenseinkommen besteht dieses Problem i. d. R. nicht. Aus ordnungspolitischer Sicht ist der Staat daher lediglich zur Überbrückung heranzuziehen (Gewährung von Darlehen oder Bürgschaften). Koppelt man die Rückzahlung an Grenzen der persönlichen Leistungsfähigkeit, so laufen der Vorwurf der „sozialen Schieflage“ und das oft behauptete, aber längst widerlegte Abschreckungsargument völlig ins Leere. Hingegen schießt die in Deutschland praktizierte sozialistische Lösung, entgeltfreie akademische Ausbildung durch verstaatlichte Hochschulen bereitzustellen, weit über das zur Behebung der Marktunvollkommenheit notwendige Maß hinaus. Folge dieses ordnungspolitischen Fehltritts sind die

für sozialistische Systeme typischen Mangelercheinungen: chronische Unterfinanzierung, übermäßige Bürokratie, Mittelmäßigkeit und erhebliche Einschränkung persönlicher Freiheitsräume.

Nachgelagerte Studiengebühren sind deswegen keine Strafen, sondern der entscheidende Hebel, um studentischen Interessen zum Durchbruch zu verhelfen:

(1) Studierende werden von Bittstellern zu kaufkräftigen Nachfragern, die für die Hochschulen interessante Vertragspartner darstellen. Bei der Qualität ihrer Ausbildung haben sie künftig das letzte Wort und nicht mehr die Finanzminister. Von daher sind Studiengebühren den bürokratielastigen Bildungsgutscheinen überlegen, über deren Wert letztlich wiederum die Kassenlage der Länder entscheidet. Anders als eine Akademikersteuer sind Studiengebühren in der Lage, einen Wettbewerb im Hochschulmarkt in Gang zu setzen, der die Leistungen der Hochschulen an den Präferenzen der Studierenden ausrichtet.

(2) Die Gebührenlösung verbindet die Freiheit der Studierenden (Ausbildungsentscheidung) mit deren Verantwortung, auch die dabei anfallenden Kosten zu tragen (Zahlungsbereitschaft) und sie nicht auf andere abzuwälzen. Diese intransparente Umverteilung sowie die entmündigende Berücksichtigung der Einkommensverhältnisse der Eltern werden aufgehoben.

(3) Studiengebühren sind die Grundvoraussetzung für eine freie Hochschullandschaft. Kein anderes System bietet mehr Autonomie, mehr Dezentralität, mehr Effizienz und mehr persönliche Freiheit von staatlicher und privater Bevormundung.

Eine intelligente studentische Interessenvertretung sollte sich diese Argumente zu eigen machen, wenn man an einer realistischen und wirkungsvollen Verbesserung der Hochschullehre wirklich interessiert ist.

Dr. Stefan Kooths – Wissenschaftlicher Assistent am Institut für industriewirtschaftliche Forschung der Universität Münster